

Bahnchef Rüdiger Grube zu Gast in Uelzen

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

am Freitag, den 24. Mai, fand in Uelzen eine Veranstaltung über die aktuellen Planungen zur Y-Trasse im Hundertwasserbahnhof statt. Der Bahnchef Rüdiger Grube sicherte den Anwesenden eine ergebnisoffene Prüfung und eine sachliche Diskussion zu. Vorfestlegungen auf eine bestimmte Variante erteilte er eine deutliche Absage.

Ziel der Planungen ist die Verbesserung der Seehafenhinterlandanbindung. Alle Prognosen zur Entwicklung der Gütertransporte zeigen starke Anstiege. Selbst bei konservativen Schätzungen wird der Güterabfluss aus dem Hamburger Hafen in wenigen Jahren mit den vorhandenen Strecken nicht mehr sichergestellt sein. Um das zu bewältigen und die Belastungen möglichst zu minimieren, müssen wir alle Verkehrsträger berücksichtigen. Für die Verbesserung des Schienenverkehrs befinden sich derzeit vier Varianten in der Prüfung. Neben der Y-Trasse in der bisherigen Planung sind dies die bekannten Alternativen der Ertüchtigung der bestehenden Güterverkehrsverbindung zwischen Celle und Harburg, die Bypass-Lösung mit einer Neubaustrecke an Uelzen und Lüneburg vorbei, von Ashausen nach Suderburg sowie das sogenannte Güter-X, das die Amerikalinie von Uelzen nach Langwedel mit einbezieht. Zusätzlich bedarf es dann noch einer Kapazitätserweiterung zwischen Nienburg und Hannover, die jedoch ohne Bauarbeiten an den Gleisen allein durch veränderte Signalbauten möglich ist. Neu sind nicht die Streckenführungen, sondern die Untersuchungen aller Varianten nach bestimmten Vorgaben wie der Frage, wie viel Menschen durch Lärm zusätzlich benachteiligt würden oder auf welcher Länge schützenswerte Natur beeinträchtigt wird. Zu dem Inhalt des Gutachtens gehört auch eine Baupreisermittlung. Grube stellte eindeutig klar, dass die günstigere Strecke nicht unbedingt die bessere Strecke sein muss. Bis Herbst will die Bundesregierung eine Kosten-Nutzen-Berechnung aller vier Varianten erstellen, um dann mit belastbaren Fakten in den Dialogprozess einzutreten.

Ich habe angeregt, dass angesichts der bereits durchgesickerten Teilinformationen zunächst alle Betroffenen auf denselben Stand gebracht werden sollten, damit der Diskussionsprozess umgehend begonnen werden kann. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung könnte problemlos später mit eingebracht werden. Dem konnte sich der anwesende Vertreter der Landesregierung anschließen.

Der Ball liegt jetzt im Feld der Bundesregierung: Sie hat die Variantenprüfung in Auftrag gegeben, sie bestimmt auch den Start der Bürgerinformation. Stuttgart 21 hat in all seiner Brisanz deutlich gemacht, dass bei großen Infrastrukturprojekten rechtzeitig der Dialog mit den Betroffenen gesucht werden muss.

Ihre

